

„Ukraine: Putin’s Denial“, www.nybooks.com/blogs/nyrblog/2013/dec/13/ukraine-putins-denial/), und wenn ja, wie gedenkt die Bundesregierung mit dieser Haltung in den bilateralen Beziehungen mit der russischen Regierung bzw. innerhalb der Europäischen Union umzugehen?

**Antwort des Staatsministers Michael Roth
vom 19. Dezember 2013**

In seinem Interview mit dem französischen Radiosender „Europe 1“ am 5. Dezember 2013 stellte der Botschafter der Russischen Föderation in der Französischen Republik, Alexander Orlov, eindeutig klar, dass die Ukraine und Russland zwei unabhängige Staaten seien und das Russland die Unabhängigkeit der Ukraine respektiere (vgl. hierzu das Wortprotokoll des Interviews unter www.europe1.fr/MediaCenter/Emissions/L-interview-de-Jean-Pierre-Elkabbach/Videos/Alexandre-Orlov-L-Ukraine-vit-actuellement-une-crise-importante-1731647/). Eine Änderung der russischen Position zur Ukraine, wonach diese ein souveräner Staat ist, ist daher nicht erkennbar.

17. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Wie hat die Bundesregierung die Anfrage Israels zum Kauf zweier Kriegsschiffe, die laut Medienberichten und Äußerungen (vgl. u. a. www.n-tv.de/politik/Deutsche-Waffen-sollen-Israels-Gas-schuetzen-article11878826.html) israelischer Behörden dem Schutz von Gasfeldern im Mittelmeer dienen sollen, entschieden, und teilt die Bundesregierung die Ansicht, dass mit einem Export dieser Schiffe der Konflikt um die Gasfelder (die u. a. auch von Zypern und der Türkei beansprucht werden und teilweise in den Hoheitsgewässern Gazas liegen) verschärft werden wird?

**Antwort des Staatsministers Michael Roth
vom 19. Dezember 2013**

Eine Genehmigung zur Ausfuhr zweier Kriegsschiffe, die laut Medienberichten dem Schutz von Gasfeldern im Mittelmeer dienen sollen, hat die Bundesregierung nicht erteilt. Zu hypothetischen Fragestellungen im Sinne Ihres zweiten Frageteils äußert sich die Bundesregierung vor diesem Hintergrund nicht.

18. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet die Bundesregierung ihre ablehnende Haltung in Bezug auf den palästinensischen Antrag auf Mitgliedschaft im International Olive Council wie am 29. November 2013 in der „Haaretz“ berichtet („Germany and Britain block Palestinian bid to join inter-